

Das Aufräumen für Sparübungen beginnt : Ergebnisse der Spar-Checkliste

Autor(en): **Hartmann, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl
scolastic grischun**

Band (Jahr): **53 (1993-1994)**

Heft 5: **Sparen... Sparen... Sparen...**

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357117>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wo Sparen teuer zu stehen kommt

Sparmassnahmen können auch im Schulwesen durchaus ihren Platz haben. Eine «intelligente Sparhaltung» ist im Schulwesen nicht nur ein Gebot in Rezessionszeiten, sondern trägt allgemein dazu bei, die vorhandenen Mittel dort einzusetzen, wo sie wirklich nötig sind: wo Schulqualität entsteht, wo der Kernauftrag der Förderung junger Menschen und der Sicherstellung eines hohen Ausbildungsniveaus für unsere Gesellschaft es verlangt. Nun gilt es aber, «blindes Sparen» zu erkennen. «Blindes Sparen» sucht einfach nach den grössten kürzbaren Geldbeträgen, kümmert sich nicht um «Ziel-Mittel-Zusammenhänge» und riskiert dabei, dass schon kurz- und mittelfristig Folgeschäden auftreten, die dann per saldo teurer zu stehen kommen.

Solche ungeeigneten Sparobjekte, solche *Sparbereiche mit hoher Schadenerwartung* sind in erster Linie:

- Die Einsparung von Stellen durch generelle Erhöhung der Klassengrössen.
- Die Kürzung von Investitionen für Projekte der Schulentwicklung und für die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte.
- Der Abbau von heilpädagogischen Stützeinrichtungen, von Beratungsdiensten für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen.
- Die Streichung von Betreuungsangeboten, welche Kindern und Jugendlichen im Schulalter die durch die Familie nicht gewährleistete Unterstützung in der Freizeitgestaltung und bei der Hausaufgabenhilfe bieten.
- Der Stopp notwendiger Investitionen bei den Anlagen, bei Neubauten, Gebäudesanierungen und Unterrichtseinrichtungen.
- Die Senkung des Besoldungsniveaus etwa durch ungenügenden Teuerungsausgleich oder die Sistierung von allfälligen Reallohnerhöhungen, des fälligen Stufenanstiegs oder von anstehenden Beförderungen. (SLZ 12/93)

Ergebnisse der Spar-Checkliste

Das Aufwärmen für Sparübungen beginnt

Nicht nur der Kanton hat im Volksschulbereich deutlich die Sparflagge gehisst; auch in den Gemeinden sind Sparübungen, die an den Lebensnerv des Schulsystems gehen, kein Tabu mehr. Zwar sind die gemeindebezogenen Sparübungen über den ganzen Kanton gesehen noch recht bescheiden, die Signale sind aber gesetzt, und gegenwärtig lassen sich keine Anzeichen ausmachen, dass diese Schraube künftig nicht mehr und mehr angezogen wird.

Angeregt vom LCH und eingesetzt vom Bündner Lehrerverein hat sich im Frühjahr 1993 eine dreiköpfige Arbeitsgruppe daran gemacht, Bildungs-Sparmassnahmen im Kanton und in den Gemeinden zu untersuchen. Eine erste Analyse sollte dabei eine Umfrage in allen Schulgemeinden und -verbänden

Hans Hartmann, Rodels

bringen. Diese ersten Ergebnisse lassen wohl den Schluss zu, dass in einzelnen Gemeinden bereits mit konkreten Sparmassnahmen begonnen wurde, mehr als ein Trend lässt sich aber vorerst noch nicht ablesen. Warum, erklärt Richard Casty als Mitglied der Arbeitsgruppe: «Ein grosser Teil der Fragebogen mussten ausgefüllt werden, bevor die Gemeinden ihre Budgetversammlungen fürs kommende Jahr abhielten. Das dürfte bei einigen Kolleginnen und Kollegen auch der Grund dafür sein, dass sie die Spar-Checklisten gar nicht retourniert haben.» Die Arbeitsgruppe will aber am Ball bleiben und bereits anfangs des kommenden Jahres einen zweiten Fragebogen zum Thema «Sparen» verschicken.

Obwohl aus den erwähnten Gründen die Umfrage etwas früh gestartet wurde, war der Rücklauf der Fragebogen doch erfreulich: zwei Drittel der in den Gemeinden

beauftragten Lehrerinnen und Lehrer haben geantwortet: Angaben von 117 Gemeinden und Verbänden konnten ausgewertet werden. In der Mehrheit der Gemeinden sind keine Sparmassnahmen festgestellt worden. Vier konkrete Ergebnisse sollen aber erwähnt werden:

- 7 Gemeinden haben Lohnzulagen gekürzt oder ganz gestrichen; dazu ist sicher zu bemerken, dass in einem bedeutenden Teil der Gemeinden hier gar kein Kürzungspotential vorhanden ist, da diese ohnehin nur das vorgeschriebene Minimum bezahlen.
- 8 Gemeinden haben Schulklassen zusammengelegt oder signifikant höhere Klassenbestände in Kauf genommen.
- 9 Gemeinden überwälzen neuerdings Kosten für Lehrmittel, Schul- und Werkmaterial auf die Eltern.
- 16 Gemeinden haben geplante bauliche Veränderungen entweder reduziert oder aufgeschoben.

Ausserdem melden mehrere Gemeinden einen spürbaren Spar-Druck seitens des Kantons, sei dies im Bereich Bauen, Erhöhung der Klassenbestände oder der Einschränkung der Möglichkeit, Klassen zu teilen.

Auch der Kanton spart . . .

In dieser Nummer des «Bündner Schulblatts» (Seiten 8/9) kommt Regierungspräsident und Finanzminister Aluis Maissen ausführlich zu Wort in einer Stellungnahme zum Thema «Sparen im Bildungsbereich». Diese Stellungnahme hat Regierungspräsident Maissen noch vor der Herbstsession des Grossen Rates geschrieben. Er begründet darin nicht nur auf breitem Raum die Sparnotwendigkeit ganz allgemein; in homöopathischen Dosierungen verabreicht er die bittere Pille künftiger rigoroser Sparübungen: «Bei gutem Verständnis für den hoffentlich nur temporären finanziellen Engpass und der entsprechenden Einstellung muss sich eine gezielte und dosierte Erhöhung der Klassenbestände nicht unbedingt schädlich auf die Unterrichtsqualität auswirken.»

. . . beispielsweise bei der Weiterbildung

Was haben wir in den letzten Jahren doch alles zum Thema «Weiterbildung» gehört. Sie sei ein probates Mittel zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit; in einer sich im Umbruch befindlichen Gesellschaft sei die Weiterbildung wichtiger denn je; und nicht zuletzt haben die letzten Jahre eine (höchst erfreuliche) Bewegung in die Bildungsszene gebracht, die nach immer besser ausgebauten Weiterbildungsmöglichkeiten geradezu rufen. Völlig quer in dieser Umbruchstimmung liegen die Sparmassnahmen, die der Grosse Rat in der vergangenen Herbstsession beschlossen hat. Verglichen mit dem Stand 1992 sollen bei der Lehrerfortbildung 50'000 Franken (rund 7 Prozent), beim Bildungsurlaub 60'000 Franken (26 Prozent) und bei der Koedukation gar 105'000 Franken (gut 30 Prozent) eingespart werden. Dem BLV-Präsidenten ist es leider nicht gelungen, das 215'000

Franken schwere Sparpaket abzuwenden (siehe Schulblatt November '93, Seite 7).

In weite Ferne scheint auch die Einführung einer Frühfremdsprache zu rücken. Sprach Stefan Niggli, Beauftragter für die Volksschule, anlässlich der kantonalen Stufenkonferenz 4. bis 6. Klasse noch von einer Einführung in Pilotklassen vor der Jahrtausendwende, hat EKUD-Chef Joachim Caluori dies bereits aufs Jahr 2007 korrigiert. Anlässlich der Sitzung der Arbeitsgruppe Sparmassnahmen des LCH, die am 1. Dezember in Zürich stattfand, fasste Richard Casty die Situation in Graubünden folgendermassen zusammen: «Zwei Probleme werden uns in der kommenden Zeit beschäftigen:

1. Das in einer intensiven Erneuerung stehende Bündner Schulwesen bedürfte dringend zusätzlicher finanzieller Mittel, statt dessen werden Budgets eingefroren oder gar gekürzt.
2. Eine kantonale Lohnharmonisierung (Minimallöhne weit unter Besoldungsansätzen grösserer

Gemeinden) wird es gegenwärtig schwer haben.»

Blick über die Kantonsgrenze

Fairerweise muss gesagt werden, dass wir gegenwärtig im Vergleich mit gewissen andern Kantonen (noch) recht gut bedient sind. Krass sind gegenwärtig die Verhältnisse im Kanton Bern. (Da rechnet man mittelfristig mit rund 1000 arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrern, weitgehend Opfer der Sparmassnahmen). Allerdings muss diese Aussage auch gleich wieder relativiert werden. Graubünden hat bei den Minimallöhnen immer gespart und liegt auch heute im schweizerischen Vergleich abgeschlagen im Hinterfeld, zumindest was die Löhne der Kindergärtnerinnen, Hauswirtschaftslehrerinnen und Primarlehrer und -lehrerinnen betrifft. Und weiter ist die Befürchtung nicht unbegründet, dass unsere Regierung wie in vielen andern Beispielen aufs Unterland schiebt und sich von da auch die schlechten Ideen holt.

